



Speck, Käse, Würste, Bier und mehr: Tirol wirbt mit seinen vielen Schmankeleln auf der Grünen Woche in Berlin.

Foto: TT/Sahin

Ansage der Bauern-Vertreter: „Kein Sparpaket mit uns“

Landwirtschaftskammer-Präsident Moosbrugger und Minister Totschnig (ÖVP) an die FPÖ: Preisdeckel für Lebensmittel ein „No-Go“.

Von Serdar Sahin

Berlin – „Bei den Bauern-Geldern gibt es nichts zu sparen.“ Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Moosbrugger macht deutlich, was er sich von den Koalitionsverhandlungen mit den Freiheitlichen erwartet. „Wer glaubt, seine Bauern auszuhungern, wird selber hungern“, konstatiert der langjährige ÖVP-Politiker und Landwirt.

Die weltgrößte Lebensmittelmesse, die „Grüne Woche“ in Berlin, nutzen die heimischen Bauern-Vertreter traditionell für den agrarpolitischen Jahresauftakt. Doch heuer ist alles anders. Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig (ÖVP) schaut nur kurz vorbei und ist auch schon wieder weg. In Wien stehen Verhandlungen mit der FPÖ an.

Ministerium in ÖVP-Hand

Viel will und kann er noch nicht verraten, stünden die Gespräche doch erst am Anfang. „Inhaltlich gibt es mit der FPÖ viele gemeinsame



Agrarminister Norbert Totschnig (ÖVP) und Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Moosbrugger auf der Grünen Woche in Berlin.

Foto: BML

Schnittmengen, gleichzeitig trennt uns aber vieles, wenn es um Haltung und Werte geht.“ Fest steht: Es dürfe keine Lohnkürzungen für die Bäuerinnen und Bauern geben, skizziert Totschnig. Auch die Subventionen für Agrardiesel stünden nicht zur Debatte.

Allerdings müsse auch sein Ministerium, so wie alle anderen, sparen. Totschnig spricht dabei von zehn Mio. Euro beim Waldfonds sowie 55 Mio. Euro durch die Auf-

lösung von Rücklagen aus der ländlichen Entwicklung. Dadurch werde es aber „zu keinen spürbaren Kürzungen für die Landwirte kommen“, meint der Minister.

Schärfer formuliert Landwirtschaftskammer-Präsident Moosbrugger seine Forderungen. „Mit uns wird kein Sparpaket geschürt.“ Das würde die Einkommenssituation nicht zulassen, befindet er. Überhaupt ist für Moosbrugger „Grundbedingung“, dass das Landwirtsch-

ministerium in ÖVP-Hand bleibt und die Umwelttagenden müssten zur Landwirtschaft kommen.

Und Moosbrugger geht noch weiter. Er habe sich das Programm der Freiheitlichen angesehen. Da sei die Rede von Preisdeckel für Lebensmittel. Für den Vorarlberger ist das ein „No-Go“. Die Bauern bräuchten angesichts gestiegener Kosten bessere Erzeugerpreise. „Lebensmittel müssen etwas wert sein. Die FPÖ muss Farbe bekennen“, fordert er.

Mercosur und Ukraine

Vom Freihandelsabkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten halten die Bauern-Vertreter ebenso nichts. Beim Agrarabkommen mit der Ukraine, das demnächst ausläuft und erneuert wird, verlangen sie gleiche Vorgaben für alle. „Was man von uns fordert, muss auch bei Importen gültig sein“, so Moosbrugger.

Die TT war auf Einladung der AMA Marketing in Berlin.

Wohnbedarf: Baubranche kontert Land

Das Land Tirol erwartet in seiner Wohnstudie sinkenden Neubau-Bedarf bis 2033. Diese Zahlen machen Tirols Bauwirtschaft „Bauchweh“.

Von Clemens Markart

Innsbruck – Eine aktuelle Studie der Baudatenbank Exploreal prognostiziert, wie berichtet, ab 2026 einen Rückgang bei Wohnungsprojekten. Dabei brauche es laut Vertretern der Wirtschaftskammer Tirol deutlich mehr neue Wohnungen am Markt, um den Preisanstieg abzufedern.

Das Land Tirol rechnet mit anderen Zahlen. Die Mitte Dezember veröffentlichte „Wohnbedarfsstudie Tirol 2024–2033“ erfasste, wie berichtet, sämtliche Wohneinheiten in Tirol zwischen 2014 und 2023. Die Kernaussage: Tirol kann den Bedarf an Wohnraum auch mit einer massiv gekürzten Neubaulistung decken.

Bei einer Podiumsdiskussion beim 5. Immobilienstammtisch von der P&R Verwaltungs GmbH in der Wirtschaftskammer Tirol bezogen unter anderem Landes-

hauptmann Anton Mattle (ÖVP) und Wirtschaftskammer-Vizepräsident Anton Rieder am Donnerstag zum Wohnungs-Neubau Stellung. Rieder bekundete offen sein „Bauchweh mit der Studie“ des Landes. Rieder, selbst Bauunternehmer, sah einen „massiven Einbruch der Bau-

branche“ kommen, sollten die Zahlen der Studie, die in Kooperation mit der Universität Innsbruck entstand, Realität werden. „Ich hoffe, dass sich auch Professoren verrechnen können.“ Er wisse aber, dass es Mattle nicht immer leicht habe, in den eigenen Reihen und beim politischen Gegenüber für privates Eigentum einzustehen.

Der Landeshauptmann räumte ein, dass die Neubaugprognose für die kommenden Jahre auch aus Sicht des Landes zu wenig sei. Hier gelte es, genau hinzuschauen und die aktuellen Zahlen noch einmal zu hinterfragen. Die öffentliche Hand habe aber gerade in den Jahren der Pandemie viel in die Schaffung von neuem Wohnraum investiert. Durch den damaligen Bauboom und die vielen Privatinvestitionen sei das wohl zu wenig spürbar gewesen.

Heuer stehe beim Budget die Sanierung stärker im Fokus, die ebenso wichtig sei, sagte Mattle. Zudem sei das Thema Wohnraum heute ein anderes als noch vor Jahrzehnten – Stichworte Leerstand, Airbnb oder studentischer Zuzug.

Für Anton Rieder ist die Baubranche durch die hohen Baukosten gezwungen, effizienter zu werden.



WK-Vize und Bau-Unternehmer Anton Rieder (r.) ist uneins mit Landeshauptmann Anton Mattle beim Bedarf für neue Wohnungen. Fotos: Springer, Böhm



Starkes Plus: USA für Europas Exporthändler wichtigster Markt

Mit dem nächsten US-Präsidenten Donald Trump steuert Europa auf einen Handelskonflikt zu. Es drohen neue Zölle. Dabei haben die USA für die Länder der EU binnen zehn Jahren deutlich an Bedeutung als Abnehmer von Exporten gewonnen. 2023 ging fast ein Fünftel (19,7 Prozent) aller Ausfuhren in die Vereinigten Staaten, die damit wichtigster Abnehmer für Waren aus der EU waren, berichtete das deutsche Statistische Bundesamt. Foto: iStock

„Lehre darf nicht Verlierer sein“

Innsbruck – Um 4,4 Prozent weniger Lehrlinginnen und Lehrling: Das ist die Bilanz der aktuellen Tiroler Lehrlingszahlen, die Anfang des Jahres veröffentlicht wurden. Die Wirtschaftskammer Tirol wird deshalb zunehmend nervös.

Kammerpräsidentin Barbara Thaler und WK-Fachkräftekordinator David Narr sahen darin bei einem Hintergrundgespräch am Freitag die Basis für einen massiven Fachkräftemangel bis 2040. Der demografische Wandel sei immer stärker spürbar. Dabei sinke der Anteil jener Menschen in Tirol, die einen Lehrabschluss haben, überdurchschnittlich stark.

Eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes Wifo hat laut Thaler ermittelt, dass auf



Die Lehrlingszahlen gingen zuletzt zurück.

Symbolfoto: Miba/Hermann Wakolbinger

Tirol heruntergerechnet bis 2040 ungefähr 245.000 Menschen am Arbeitsmarkt fehlen werden. Es werde daher ein „Verteilungsmatch um die besten Köpfe“ am Arbeitsmarkt geben, sagte Thaler.

„Wir dürfen die Lehre nicht als Verlierer aussteigen lassen in diesem Match.“ Heutige Entscheidungen würden die Weichen für die nächsten 25 Jahre stellen, so die Präsidentin.

Sie stellte den künftigen Fachkräftemangel in eine Reihe mit dem heutigen Ärztemangel oder Pflegebedarf. „Wer baut 2040 unsere Häuser? Wer deckt unsere Dächer?“ Diese Fachkräfte müsse man selbst ausbilden, so Thaler. In dieser Frage verfüge Österreich mit der dualen Lehre über ein Erfolgsmodell.

Ein wichtiger Grund für den Rückgang an Lehrlingen liegt für Narr in der „eklatanten Schiefelage“ der dualen Lehre im Vergleich zur schulisch-akademischen Ausbildung. In Tirol seien 750 Mio. Euro für die Hochschulen budgetiert, nur ein Bruchteil davon für die Lehre. Die „Gleichstellung der Ausbildungswege“ müsse das Ziel sein. Auch die polytechnischen Schulen müssten gestärkt werden. (mac)